

AUSGABE VOM 18. MÄRZ 2022

**Ukraine-Flüchtlinge: Bund muss besser ordnen und kanalisieren**

Für den CDU-Bundestagsabgeordneten Michael Breilmann ist eine geordnete Verteilung der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine unerlässlich, wenn die Flüchtlinge eine öffentliche Unterkunft benötigen und nicht privat unterkommen. „Hier sehe ich den Bund in der Pflicht. Die Bundesregierung darf sich nicht auf der großartigen Leistung der ehrenamtlichen Helfer und der engagierten Kommunalpolitiker auch in der Region ausruhen. Die Aufnahme der Kriegsflüchtlinge braucht staatliche Ordnung und Kontrolle und ein Konzept der Registrierung, Betreuung und des Schutzes für die ankommenden Frauen und Kinder“, so MdB Breilmann. Die Hilfsbereitschaft der Menschen, der Kommunen sei groß, „aber der Bund muss deutlich mehr bei Koordination und Verteilung helfen, damit nicht einige Städte und Landkreise überfordert werden.“

**Opfergedenktag: Entschlossen gegen Terrorismus vorgehen**

„Terroranschläge sind Anschläge auf unser Zusammenleben, auf unsere Werte und unsere Freiheit. Das Leiden der Menschen ist nicht deren Privatsache, sondern Angelegenheit von uns allen“, sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete und Innenexperte Michael Breilmann am Mittwoch in einer Vereinbarten [Debatte](#) des Bundestages über die Einführung eines nationalen Gedenktages für die Opfer terroristischer Gewalt im Bundestag. Anlass war eine Aussprache über diesen Gedenktag, der europaweit nach den islamistischen Anschlägen vom 11. März 2004 in Madrid gefordert worden war.



„Hinterhältige Terroristen und feige Mörder dürfen niemals das Gefühl bekommen, Beifall für ihre Taten erhalten zu können“: CDU-MdB Michael Breilmann bei der Debatte am Mittwoch im Deutschen Bundestag. (Foto: privat)

Starres Gedenken alleine werde aber nicht reichen, so Breilmann. Den Sicherheitsbehörden müssten auch in Zukunft alle notwendigen Mittel an die Hand gegeben werden, um Terroranschläge im Vorfeld zu verhindern und im besten Fall weitere Opfer präventiv zu verhindern. Breilmann forderte gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Verfassungsschutz und Polizei mehr Wertschätzung, Vertrauen und Respekt ein. Die Politik dürfe sie nicht aus einem grundsätzlichen Misstrauen heraus gängeln und ihre Möglichkeiten einschränken. Dazu gehöre auch eine ideologiefreie Haltung, die schwierige Probleme nicht verschweigt sondern benennt.

„Opferfamilien wollen verstehen, wollen Entschuldigung, wollen Aufmerksamkeit und Konsequenzen. Sie wollen schlicht

Gerechtigkeit, und die haben sie auch verdient. Opfer erster oder zweiter Klasse darf es dabei nicht geben, und es darf auch keine Rolle spielen, ob die Tat im In- oder Ausland geschieht. Unser Staat muss den Menschen hier beistehen“, so das Innenausschussmitglied. Terror beginne dort, wo sich Hass und Diskriminierung äußerten. Gewalttaten seien oft das Ende eines Radikalisierungsprozesses. Ohne die konkrete Unterstützung der Bürger werde dieser Kampf verloren gehen. „Die Flaggen am Gedenktag bundesweit auf Halbmast zu senken, ist gut. Wenn sich die Blicke der Menschen zusätzlich heben und alle im Alltag Gesicht zeigen gegen Extremismus, Rassismus und Antisemitismus, dann sind wir auf einem guten Weg, den Kampf gegen den Terror zu gewinnen“, so Breilmann abschließend.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

„Fremdscham“ und „peinlich“, werden mir als Worte der Woche bleiben. Zunächst hatte SPD-Baustaatssekretär Bartol den ukrainischen Botschafter, Andrij



Melnyk, als „unerträglich“ bezeichnet – kurze Zeit später den Tweet gelöscht. Was für eine peinliche Entgleisung! Melnyk hatte lediglich „gewagt“ in einem Interview Kanzler Scholz aufzufordern, im Anschluss an die Videoansprache des ukrainischen Präsidenten eine Regierungserklärung abzugeben. Scheinbar Majestätsbeleidigung für SPD-Kreise. Nachdem sich der ukrainische Präsident Selenskyj am Donnerstag mit einem aufwühlenden Appell („Helfen Sie unserem Land“) an die Abgeordneten und an die Bürger wandte, wollte die Koalition zur Tagesordnung übergehen. „Nach diesem beeindruckenden Auftritt müssen wir uns darüber klar werden, wo wir stehen“, forderte Unions-Fraktionschef Merz. Darüber ging die Ampel ohne jeden Funken Empathie hinweg. Bundestags-Vize Göring-Eckardt verlas allen Ernstes Geburtstagsgrüße. Was für eine Respektlosigkeit gegenüber einem Präsidenten im Krieg, der jede Minute um sein Leben fürchten muss, einen Kampf gegen eine übermächtige russische Armee führt. Es war Fremdschämen pur. Das habe ich auch gegenüber Botschafter Melnyk zum Ausdruck gebracht. Die Arroganz der Macht nach 100 Tagen Ampel, sie ist erstaunlich.

Ihr

*Michael Breilmann*

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



## Rechtsextremismus: Faesers Plan enttäuschend

Bundesinnenministerin Faerster hat am Dienstag in Berlin einen Maßnahmenplan mit Vorhaben gegen Rechtsextremismus vorgelegt. Die Unions-Fraktion wird den 10-Punkte „Aktionsplan Rechtsextremismus“ genau prüfen. CDU-MdB Michael Breilmann ist vom groß angekündigten Plan enttäuscht. „Das gilt vor allem im Vergleich zu dem nicht einmal eineinhalb Jahre alten Maßnahmenpakets der Großen Koalition. Einige der damaligen Maßnahmen werden sogar als neu verkauft, wie das Programm ‚Demokratie im Netz‘. Die Ministerin hätte gut daran getan, sich erst einmal um die Umsetzung des bisherigen Katalogs zu kümmern“, so der zuständige Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Innenausschuss. „Das Ziel, den Rechtsextremismus stärker zu bekämpfen, ist zwar richtig. Frau Faerster sollte aber nicht so tun, als ob sie das „Rad“ der Extremismusbekämpfung bzw. -prävention neu erfunden hätte. Bereits in der Regierung Merkel haben wir die Zerschlagung rechtsextremer Strukturen vorangebracht. Es gilt an die gelingende Praxis der letzten Jahre anzuknüpfen und diese zu stärken. Außerdem wären regelmäßige Extremismus-Berichte der Regierung im Bundestag zur Einschätzung der Lage hilfreich“, so Breilmann.

## Putins Krieg: Enger Schulterschluss mit der Ukraine



CDU-MdB Michael Breilmann fordert angesichts des Hilferufs des ukrainischen Präsidenten vor dem Bundestag die Ampel-Regierung zu mehr Unterstützung für das angegriffene Land auf. Angesichts der historischen Videobotschaft Selenskys, der Deutschland am Donnerstag eindringlich um mehr Hilfe gegen die russischen Invasoren bat, könne man nicht so einfach zur Tagesordnung übergehen. „Die Rede hat mich tief bewegt. Sein Hilferuf darf nicht verhallen. Deutschland muss der Ukraine mehr Unterstützung zukommen lassen. Wir müssen den Vernichtungskrieg Putins stoppen“, so Breilmann im Anschluss. Kanzler Olaf Scholz müsse sich erklären, was die Ampel aktuell tut, um die Ukraine intensiver zu unterstützen. Am Rande des Plenums traf sich Breilmann mit Andriy Melnyk, Botschafter der Ukraine in Deutschland, zu einem Meinungsaustausch und überbrachte ihm die solidarischen Grüße vieler Menschen aus dem Kreis Recklinghausen. (Bild: privat)

## Heizkostenzuschuss im Bundestag verabschiedet



Der Bundestag hat am Donnerstag, das Heizkostenzuschussgesetz mit den Stimmen der Ampel gegen die CDU/CSU angenommen. Zuvor hatte der Bauausschuss am Montag eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Dort hatte MdB -Michael Breilmann bei Fragen an die Sachverständigen auf Mängel hingewiesen. „Als Union begrüßen wir, dass die Ampel auch auf unseren Druck hin die Heizkostenzuschüsse angehoben hat. Das reicht aber nicht aus. Ein pauschaler Zuschuss bildet nicht hinreichend die unterschiedlichen Belastungen ab. Die Umsetzung ist zu bürokratisch, die Auszahlung kann sich bis zum Jahresende verzögern, räumt die Ampel selbst ein. Völlig unnötig, wenn man den Sachverständigen gefolgt wäre und den Zuschuss in existierenden Fachgesetzen geregelt hätte“, so Breilmann. (Bild: privat)

## Infektionsschutz: Union lehnt Ampel-Gesetz ab

Der Bundestag hat am Freitag mit Regierungsmehrheit den Gesetzentwurf zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes in zweiter und dritter Lesung beschlossen. „Als Unionsfraktion konnten wir einem Gesetz nicht zustimmen, welches den Handlungsspielraum der Länder im Kampf gegen Corona beschneidet“, so CDU-MdB Michael Breilmann im Anschluss. Die CDU/CSU-Fraktion hatte die Ampel-Koalition zuvor in der intensiven Debatte noch zu Nachbesserungen am neuen Infektionsschutzgesetz aufgefordert. „Ein so wichtiges Gesetz innerhalb von nur einer Woche durch den Bundestag zu bringen ist unangebracht und gefährlich. Es erzeugt ein Wirrwarr“, so Breilmann. „Die darin festgeschriebene Hotspot-Regelung ist zu unklar definiert, die Länder wissen nicht, wie sie das umsetzen sollen - das ist Chaos mit Ansage.“ Schwerkranken Menschen werde damit der Schutz versagt, den sie bräuchten, wenn sie bei Einkäufen auf ungeschützte infizierte Personen trafen, kritisiert Breilmann.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 04 der 20. Wahlperiode

18. März 2022

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/Harald Häbeler/

M.-L. Rosenberger/R. Hoffmann